



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/188 - 17. 8. 1956

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 21-23  
Fernschreiber 0 535 290

Die Entscheidung von Karlsruhe	S. 1
Stevensons Nominierung	S. 4
Sinn und Unsinn der Meinungsforschung	S. 5

---

## Die Überwindung der KP ist eine politische Aufgabe

---

sp. Im Juni 1950, also vor über sechs Jahren und noch ehe das Bundesverfassungsgericht überhaupt errichtet worden war, als man in der Öffentlichkeit aber schon von einer Verbotsmöglichkeit der KP sprach, schrieb eine führende westdeutsche Zeitung:

"Was die rechtliche Seite angeht, so kann kein Zweifel daran bestehen, dass das Bundesverfassungsgericht, würde es mit der Sache befasst werden, entscheiden müsste, dass die KPD verfassungswidrig sei. Die Partei strebt offen eine Diktatur, die Beseitigung der Grundrechte und der rechtsstaatlichen Institutionen an. Man kann also sagen, dass in dem Augenblick, da die Sache vor das künftige Bundesverfassungsgericht gebracht würde, das Verbot der Partei erfolgen muss. Bis der Bundesverfassungsgerichtshof errichtet sein wird, hat also der Bundesinnenminister noch hinreichend Zeit, seine Absicht, ein Verbot zu erwirken, sorgfältig zu überlegen."

Diese Stimme zeigt, wie wenig zweifelhaft nach dem Wortlaut von Artikel 21,2 des Grundgesetzes das Ergebnis eines solchen Verfahrens von Beginn an sein konnte, nachdem die Bundesregierung sich im November 1951 entschloss, dieses Verfahren einzuleiten. Es war dies ein politischer Schritt, für den keine zwingende Notwendigkeit bestand. Die Zahl derer, die damals schon meinten, er wäre besser unterblieben, ist inzwischen nicht geringer, sondern grösser geworden.

In einer ersten sozialdemokratischen Stellungnahme zu der Ent-

scheidung des BVG findet sich der Satz "Die Überwindung der KPD ist eine politische Aufgabe." Es ist unwahrscheinlich, dass das Urteil von Karlsruhe, das, wie gesagt, kaum anders ausfallen konnte, nachdem der Prozess in Gang gekommen war, diese politische Aufgabe erleichtern wird. Die KP hat trotz ihres Aufgebotes von acht Hochschulprofessoren als Verteidiger, trotz ihrer Schachzüge im letzten Stadium des Prozesses, ihn nach Abschluss der mündlichen Verhandlung noch einmal aufleben zu lassen, und trotz des scheinheiligen Hilferufes an SPD und Gewerkschaften, ihr doch zu helfen, ebenfalls wissen müssen, wie die Sache auslaufen werde. So ist von ihr aus alles geschehen, um rechtzeitig die Folgen eines Verbotes, so weit wie möglich, abzuschwächen. Man hat genug Zeit gehabt, wichtige Akten an einen sicheren Ort, vermutlich in Ostberlin oder der Zone, zu bringen, Mitgliederlisten zu entfernen, das bewegliche Parteivermögen in die Hände zuverlässiger Leute zu überführen, ein "Operationsstab", der die bisherige Parteiführung ablösen soll, wird, wie es heisst, nach Saarbrücken gelegt werden. Die Grossen ihrer Partei haben sich längst abgesetzt. In der Bundesrepublik sollten sich die Behörden vor dem Fehler hüten, unter den Folgen des Verbotes nun die zurückgebliebenen Kleinen leiden zu lassen, damit es nicht wieder heisst, man habe die Grossen laufen lassen und die Kleinen gehängt.

Die KP geht also wieder einmal in die Illegalität, "in Untergrund". Insgesamt sechs Landtagsabgeordnete und wesentlich mehr Abgeordnete in Gemeinden verlieren ihr Mandat. Die auf rund 75 000 geschätzten Parteimitglieder werden offiziell führerlos sein, in Wirklichkeit aber werden wohl sehr viele, wenn nicht die meisten von ihnen, in unterirdischer Verbindung mit ihren alten Bossen bleiben.

Der Kampf gegen den Kommunismus verschiebt sich also auf eine andere Ebene. Vielleicht wird er damit noch wichtiger, als er es schon bisher war, auch wenn das unaufhaltsame Zusammenschmelzen der KP in der Bundesrepublik zu einer politischen Sekte der Partei viel von ihrer früheren Anziehungskraft auf die Arbeiterschaft genommen hat. Niemand steht gern auf der Seite der dauerhaft Erfolglosen, schon gar nicht in einer Zeit, in der revolutionärer Tatendrang und radi-

kale Gesinnung unmodern geworden sind.

Dass dies auch bei ihr so ist, hat die KP in Westdeutschland vor allem ihrer Bruderpartei in der Zone, der SED, zu verdanken und der offenkundigen Verräterrolle, die diese Partei gegenüber dem wirklichen Willen, und den tatsächlichen politischen wie wirtschaftlichen Bedürfnissen und Interessen der mitteldeutschen Bevölkerung gespielt hat und immer noch spielt.

Als eine legale Partei hatte die KP in Westdeutschland jede reale Chance verloren. Sie wäre gerade dann einen höchst unrühmlichen Tod gestorben, wenn man sie einstweilen am Leben gelassen hätte. Jetzt werden sie und ihre Freunde sagen, nur "Gewalt und Justizterror" hätten sie umgebracht. Es ist aber auch durchaus möglich, dass gerade das Verbot ihr frischen Auftrieb gibt und neuen Nimbus verleiht, dass die Tätigkeit der sogenannten Carnorganisation belebt wird und die politischen Aktivisten unter den KP-Anhängern, von denen es viele gibt, sich einen anderen legalen Rahmen für ihren politischen Betätigungsdrang suchen. Man wird auch nicht mehr die Möglichkeit haben, eine sozusagen öffentliche Kontrolle ausüben zu können.

Der Kampf gegen den Kommunismus wird also mit grossem Geschick und erhöhter Wachsamkeit fortzuführen sein, unter neuen Bedingungen, die keineswegs besser sind, als es die bisherigen waren. Die politische Überwindung des Kommunismus, wo immer er in Erscheinung tritt, und in welches Gewand er sich zu kleiden versucht, bleibt also eine eminent wichtige Aufgabe. Sie ist durch den Spruch von Karlsruhe keineswegs gelöst, vielmehr erfordert sie künftig sogar härtere

Anstrengungen als bisher. Viel von dem, was in dieser Hinsicht an Arger und Schwierigkeiten auf uns zukommt, hätte man sich ersparen können, hätte die Regierung seinerzeit darauf verzichtet, mit aller Gewalt die KP von der politischen Bühne zu vertreiben, auf der sie, weithin sichtbar, ihre kümmerliche Rolle zu spielen gezwungen war.

Die gleichen Duellanten wie 1952 ?

r. Auch wenn es gute Gepflogenheit ist, sich bei der Beurteilung innerpolitischer Vorgänge im Ausland zurückzuhalten, wird man der Genugtuung darüber Ausdruck geben dürfen, dass der demokratische Parteikonvent einen so hervorragenden Mann wie Adlai E. Stevenson für das höchste Amt, die Präsidentschaft, nominiert hat. Die provozierend scharfe Art, in der Expräsident Truman unmittelbar vor dem Konvent für Harriman eingetreten war, unter gleichzeitiger ungewöhnlich schroffer Kritik an seinem Parteifreund Stevenson, hat diesem offenbar mehr genützt als geschadet. Aber auch ohne dies war seine Wahl wohl ziemlich sicher.

So wird sich also sehr wahrscheinlich das Duell des Jahres 1952, Eisenhower contra Stevenson, wiederholen, denn an der Nominierung des antierenden Präsidenten durch die Republikaner in San Francisco in der nächsten Woche ist kaum zu zweifeln, nur ganz unvorhergesehene Ereignisse könnten daran etwas ändern.

Damals, vor vier Jahren, lieferte Stevenson gegen den Glanz des Namens Eisenhower in vorzüglicher Haltung eine fast aussichtslose Partie. Und doch bekam er es fertig, 27 Mill. Stimmen auf sich zu vereinen, mehr, als irgendein unterlegener Kandidat in einem Präsidentschaftswahlkampf in den Vereinigten Staaten jemals erhalten hat. Heute ist die Situation für Stevenson ungleich günstiger. Sicher ist Eisenhowers Volkstümlichkeit auch heute noch ungeheuer gross. Aber sie ist nach den schweren Attacken, denen die Gesundheit des Präsidenten im September des vorigen und im Sommer dieses Jahres ausgesetzt war, doch auch von der bangen Sorge begleitet, ob der Präsident in der Lage sein werde, dieses schwerste aller politischen Ämter auf der bewohnten Erde so zu führen, wie er es bis zum vergangenen Herbst getan hat und wie das amerikanische Volk es von seinem Präsidenten erwartet. Darüber ist in den Staaten in letzter Zeit unendlich viel gesagt und geschrieben worden, oft mit schonungsloser Offenheit.

Stevenson, bei den breiten Massen lange Zeit im abträglichen Ruf eines allzu intelligenten, allzu gebildeten Mannes, ausgestattet zudem mit der für einen Volkstribunen gefährlichen Gabe des Sarkasmus,

hat sich den Erwartungen weitgehend und erfolgreich angepasst, die man drüben an den künftigen Präsidenten stellt. Er hat fast überall, wo er in den letzten Monaten öffentlich auftrat, gut und sehr gut abgeschnitten. Auf einer Reise, die ihn 1953 durch 30 Länder führte, hat er sich in der ganzen Welt umgesehen und viele wertvolle persönliche Verbindungen hergestellt. Er kam zurück mit der Erkenntnis: "Es ist nicht die eine Welt, von der wir gehört hatten. Es sind mindestens drei Welten: die der kommunistischen, die der verbündeten und die der abseitsstehenden Völker. Wenn wir die Hoffnung haben wollen, dass unsere Aussenpolitik erfolgreich ist, müssen wir uns auf eine neue Denkweise umstellen, auf eine neue Haltung gegenüber den eigentlichen Problemen des Zusammenlebens mit anderen Völkern."

Stevenson hat die Jahre seit 1952 auch sonst nicht nutzlos verstreichen lassen. Er hat an sich gearbeitet. Die Demokraten hoffen, dass sich das im November auszahlen wird.

+ + +

#### Fragwürdige Fragestellungen

sp. In den letzten Jahren haben wir uns auch in Deutschland daran gewöhnt, von den Meinungsforschern regelmässig das zu erfahren, was wir denken. Niemand wird bestreiten, dass repräsentative Umfragen unter der Bevölkerung nicht nur für die Werbung der Persilwerke oder irgendeine Zahnpasta, sondern auch für vernünftigeren Zwecke einen Sinn haben können. Die politischen Parteien beispielsweise haben so Gelegenheit, sich über die Stimmung, die Wünsche und Motive des Staatsbürgers zu unterrichten, denn die Wahlentscheidungen allein vermitteln ihnen keinen hinreichenden Einblick in die Meinungsbildung der Wähler.

Bedenklich wird die Arbeit der Meinungsforscher jedoch, wenn in der Fragestellung und in der Auswertung von Ergebnissen politische Absichten spürbar werden, wenn man Umfragen eigens zu dem Zweck veranstaltet, eine bestimmte Auffassung "wissenschaftlich" zu untermauern und sich sozusagen "amtlich" bestätigen zu lassen, dass "die anderen" ja auch so denken wie man selbst. Ein Beispiel für diese Art der Meinungsforschung liefert eine Schrift, die kürzlich vom Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut der Universität Köln herausgegeben wurde und die sich mit der Einstellung der Schweden zu ihrem Wohlfahrtsstaat beschäftigt. Schon die Grundfrage dieses Meinungstestes

hält einer kritischen Betrachtung nicht stand. Die Leute sollten entscheiden, ob sie hohe Steuern oder aber einen Verzicht auf Staatsausgaben für soziale Zwecke vorziehen. Dieser scheinbare Gegensatz in der Fragestellung provoziert geradezu Antworten in einer bestimmten Richtung, denn wieviele Menschen verfügen schon über die politischen Informationen, sich den Zusammenhang zwischen der Steuer- und Sozialpolitik begründet klarzumachen? Selbstverständlich ist es also, dass sich hier die Abneigung gegen das Steuerzahlen Luft macht, und es ist erstaunlich, dass trotz der suggestiven Fragestellung eine Mehrheit der schwedischen Bevölkerung für die Staatsausgaben bei hohen Steuern plädiert.

Ebenso vorbestimmt wird die Entscheidung der Befragten, wenn man ihnen die Alternative Selbständigkeit der Lebensgestaltung oder Sicherheit durch den Staat zum Überlegen aufgibt. Es ist eine Binsenwahrheit, dass in der industriellen Gesellschaft eine Reihe von Aufgaben in öffentlicher Weise geregelt werden müssen, wenn man dem Einzelnen einen Spielraum für selbständige Dispositionen erhalten will. Das gilt vor allem für die Sozialpolitik, also gerade den Bereich, der für den Wohlfahrtsstaat kennzeichnend ist und von ihm geformt wurde. Persönliche Initiative und Verantwortlichkeit einer Politik der sozialen Sicherheit gegenüberzustellen, ist der Sache nach unmöglich und verführt den Befragten dazu, sich in eine nur scheinbar richtige Entscheidungssituation zu begeben. Dann eine Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem Wohlfahrtsstaat herauszufinden, ist ebenso leicht wie unzulässig. Man kann natürlich eine wohlfahrtsstaatliche Politik mit guten Gründen kritisieren, aber das lässt sich mit Sinn nur tun, wenn die tatsächliche Problematik der Sozialpolitik in der Industriegesellschaft zur Diskussion gestellt wird.

Die Meinungsforscher sollten ein Interesse daran haben, dass ihre Arbeit von jeder propagandistischen Absicht freibleibt. Das gilt für die Formulierung von Fragen in gleicher Weise wie für die Auswertung der Ergebnisse. Umfragen unter der Bevölkerung sollen keine Bestätigung dieser oder jener Meinung bringen. Sie sollen zeigen, wie die Situation wirklich ist, nicht mehr und nicht weniger.

+ + +

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau